Selma Hauffe
Victoriastrasse 1
zunächst d. Waisenhausstrasse
empfiehlt
als Specialität:
Echt Juchtenleder-Handschuhe
für Herren und Damen.

Dresdner Nachrichten

35. Jahrgang. Aufl. 50,000 Stück.

Dresden, 1890.

Meyer's mollige Schlafröcke nur beim Schlafrock-Meyer, Frauenstrasse 8 u. 10.

Oelgemälde: Originale u. Copien berühmter Meister, als Jagdstücke, Genrebilder, Landschaften etc. zum Preise von 75—700 Mk. Oeldruckbilder in grösster Auswahl, dem Preise entsprechend, gut gerahmt von à Stück 1 Mark bis 75 Mark. Einrahmung. Neuvergoldung. B. Schilg, Buch- und Kunst-Handlung, Alaunstr. 16 (nahe dem Albert-Theater).

Oberhemden, Kragen, Manschetten, Chemisettes u. Cravatten in grösster Auswahl. G. D. Blass, Wäschefabrik u. Ausstattungs-Geschäft, Marienstr. 9 u. Porticus. Telephon 1382.

Hüte eigenen, sowie Wiener u. engl. Fabrikats in grösster Auswahl. Weihnachtseinkäufe werden bis 30. Decbr. umgetauscht. Königl. Hofhutfabrikant C. F. Lehmann, König-Johannstr. und Scheffelstr. 26.

Lederwaaren-Specialität! Grösste Auswahl in allen Preislagen. Geschmackvolle Neuheiten. Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3 gegenüber dem Altmarkt.

Prof. Dr. Jäger's Original-Normal-Leibwäsche empfiehlt in grösster Auswahl die concessionirte Haupt-Niederlage Jean Schieme Nachf., 26 Schloss-Strasse 26.

Nr. 345. Spiegel: Reichstagsdebatte über den Reichs-Haushaltetat. Hofnachrichten. Zum Christfest. „Deutsch-Oesterreicher", Gewerbeverein. Gerichtsverhandlungen. „Die Hugenotten", Dilettanten-Orchesterverein. | **Donnerstag, 11. Decbr.**

Politisches.

In der ersten Berathung des Reichstages über den Reichshaushaltetat, welche mit einer streng sachlich gehaltenen Rede des Staatssekretärs von Maltzahn eröffnet wurde, kamen zunächst nur die Führer der unversöhnlichen Opposition, der Deutschfreisinnigen und der Sozialdemokraten, zum Worte. Der Richter'sche Standpunkt der unbedingten Negation hat sich nicht um eines Haares Breite verschoben, er ist ganz der Alte geblieben, in nichts macht man es ihm recht, ob nun der leitende Staatsmann Bismarck oder Caprivi heißt. Selbst wenn Fürst Bismarck noch das Staatsruder zielbewußt mit starker Hand lenkte, der fortschrittliche „Staatsmann" würde ganz dieselbe Rede gehalten haben, nur daß dann der grimmige Vertreter von Hagen seiner hämischen Schadenfreude über den Sturz des ersten Kanzlers in der boshaften Bemerkung nicht hätte Ausdruck geben können, daß es auch ohne den Fürsten Bismarck gehe, insbesondere auch in der äußeren Politik, welche sich durch lauter von uns erzeugte Zwistigkeiten ausgezeichnet habe, gerade als ob Deutschland von lauter wilden Völkerschaften an seinen Grenzen bedroht gewesen. Aber trotz des Kanzlerwechsels ist Herr Richter auch jetzt noch mit fast allem unzufrieden; blos der auswärtigen Politik glaubt er das Lob spenden zu müssen, daß sie langweilig geworden sei. In der inneren Politik dagegen erscheint ihm nach wie vor in der Hauptsache alles schlecht und verwerflich: das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz taugt nichts, die meisten Ausgaben für militärische Zwecke sind überflüssig, die Kolonialpolitik ist unhaltbar und die neue Zuckersteuervorlage ist unannehmbar. Im Rahmen dieser vier Negationen bewegten sich die Richter'schen Ausführungen. Während sogar Bebel das Alters- und Invalidengesetz als den ersten Schritt zum Wege der Sozialreform begrüßte, nannte Richter dasselbe, bevor es noch seine Verwirklichung gefunden hat, einen Sprung in's Dunkle. Statt abzuwarten, ob das Gesetz, für welches es freilich kein Vorbild giebt, dessen Zustandekommen aber die Bewunderung der ganzen civilisirten Welt findet, in der Praxis sich bewähren wird und seine Kritik zu verschieben, bis sich Mängel und Einseitigkeiten oder gar die Untauglichkeit erweisen werde, zieht Herr Richter es vor, das Vertrauen auf eine ersprießliche Wirkungsweise des genannten Gesetzes zu untergraben und Unzufriedenheit im Volke den sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung gegenüber anzufachen und zu schüren. Wodurch unterscheidet sich hierbei noch das Gebahren Richter's, dieses unbewußten Nährvaters der Sozialdemokratie, von den demagogischen Bestrebungen der ein wenig weiter links sitzenden sozialdemokratischen Reichstagskollegen, welche um jeden Preis und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die regierungsfeindliche Gesinnung der Massen zu erhalten und zu fördern suchen? Mit Recht betonte der Reichskanzler Caprivi, daß das Invaliditätsgesetz zwar noch große Schwierigkeiten bei seiner Ausführung bieten und sich gewiß verbesserungsfähig erweisen werde, daß es aber nach der Ansicht der Regierung wie der Mehrheit des Reichstages ein glücklicher und segensvoller Schritt zum sozialen Frieden sei. Ferner hatte Richter an allen Ausgaben für militärische Zwecke etwas auszusetzen. Gewiß ist es die unerläßliche Pflicht eines Volksvertreters überall, wo es nur angebracht ist, auf Sparsamkeit zu dringen, damit man nicht zu neuen Steuerquellen Zuflucht zu nehmen brauche. Auch die Forderungen für Heer und Marine, so sehr auch davon unsere Machtstellung und die Friedensgewähr abhängig ist, müssen eingehend mit der Ersparnißlupe auf ihre unabweisliche Nothwendigkeit geprüft werden. Bei einzelnen Positionen werden auch die Anhänger anderer Parteien an den Forderungen der Vorlagen Aussetzungen zu machen haben, so namentlich bei gewissen bekannten Forderungen für die Marine, aber auch diesmal wieder zeigt die Kritik des freisinnigen Parteiführers in widerlichster Weise dasselbe Gepräge, welches dieselbe bei allen Vorlagen zur Schau trägt: der ausgesuchten Nörgelei und der rücksichtslosen Verneinung, gleichviel ob dabei die höchsten nationalen und politischen Interessen auf dem Spiele stehen.

Unserer Kolonialpolitik gegenüber hätte Richter am allerwenigsten Ursache gehabt, seine gallige Polemik fortzuführen. Denn gerade auf diesem Gebiete liegt gegenwärtig nicht die mindeste Veranlassung zu tadelnden und wegwerfenden Bemerkungen vor: einerseits ist der Reichskanzler Caprivi ein sehr nüchterner und maßhaltender Kolonialpolitiker und andererseits ist hier ein thatsächlicher erfreulicher Fortschritt zu verzeichnen. Der Etat für 1891/92 fordert für unsere afrikanischen Schutzgebiete 3½ Millionen gegen 4½ Mill. im laufenden Jahre, und überdies ist zum ersten Male ein Beitrag der ostafrikanischen Gesellschaft zu den Kosten der dortigen Kolonialverwaltung in Aussicht genommen. Die für die Kolonialpolitik gesteckten Grenzen sind ferner engere geworden und es tritt seitens der Regierung wahrlich keinerlei phantastische Colonialbegeisterung zu Tage, sondern vielmehr eine kühle geschäftsmäßige Sparsamkeit, verbunden mit einer praktischen Erfassung der gestellten Aufgaben. Letzteres befundet sich besonders in der geplanten Umwandlung der Wißmann'schen Schutztruppe in eine kaiserliche. Damit wird der militärischen Organisation unserer ostafrikanischen Kolonieen eine dauernde und gesicherte Grundlage gegeben und zugleich das Vertrauen in eine gesunde, wenn auch ganz allmähliche Entwickelung unserer Schutzgebiete, besonders in den Kreisen der vorsichtigen Kapitalisten, erweckt und gestärkt. Das Alles fällt nicht in den Gesichtskreis engherziger und verbissener Fortschrittsleute; unsere ostafrikanischen Besitzungen hält der Abg. Richter vielmehr für einen geeigneten Zielpunkt seiner schneidenden Witzeleien. Mag indeß dieser Redeheld auch der Ansicht sein, daß die Kolonisation Ostafrikas uns nicht gelingen werde, die stolze patriotische Hoffnung, daß unsere Landsmänner, wie Emin Pascha, Peters, Wißmann und viele Andere, nicht umsonst für unsere Colonieen ihr Leben eingesetzt haben, wird durch derartige oratorische Leistungen nimmermehr Abbruch erleiden. Ueber den vierten Hauptpunkt der Richter'schen Etatsrede werden wir morgen sprechen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 10. December.

Berlin. Reichstag. Neu eingetreten: v. Helldorf-Bedra (cons.). Der Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung Helgolands mit dem Deutschen Reiche, wird in der Gesammtabstimmung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die erste Berathung des Reichshaushaltsetats für 1891/92 wird fortgesetzt. Graf Behr (Rp.) tritt den Angriffen Richter's auf das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz entgegen. Was die Zölle anlange, so müsse, was dem Einen recht, dem Anderen billig sein; hebe man die landwirthschaftlichen Zölle auf, so könne man auch die industriellen nicht aufrecht erhalten. Für Unteroffiziersprämien sei eine Aenderung in der Art der Gewährung in Aussicht zu nehmen. Für die Adjutanten der Infanterie sei eine Unterstützung beim Ankauf der Dienstpferde wohl am Platze, doch werde man nicht so weit gehen können, wie der Etat das vorschlage. Wolle die Regierung in Bezug auf die Zollgesetzgebung den Cours ändern, so möge sie eine bestimmte Erklärung abgeben. Dieser Etat sei nur verständlich, wenn der alte Cours eingehalten werde. Wie wolle man die Mittel für die Alters- und Invalidenversicherung beschaffen, wenn man die Zölle aufhebe? Dr. Windthorst: Bei einer etwaigen Zollreform müsse vor Allem die Franckenstein'sche Clausel erhalten bleiben. Dieselbe werde verletzt durch § 7 des Etatgesetzes, wonach der Reichskasse statt nur 130, 149½ Millionen von dem Ertrage der Zölle in 1890/91 verbleiben sollen. Das Zollsystem sei ein einheitliches Ganzes, aus dem man nicht ein beliebiges Stück herausreißen könne. Es bestehe auch zum Schutze der Arbeit und sichere den Arbeitern den Bezug ihrer Löhne. Komme man uns in Oesterreich nicht genügend entgegen, so liege kein Grund vor, von unseren Zollbestimmungen Oesterreich zu Liebe etwas zu opfern. Bebel sagte, seine Partei erstrebe nichts mit Gewalt. Das sei höchst erfreulich. Aber er habe auch hinzugefügt, die deutsche Militärmacht sei noch stark genug, um jede Bewegung zu unterdrücken. Das beweise am Besten, wie sehr unsere Militärmacht am Platze sei. Das Alters- und Invaliditätsgesetz müsse, nachdem es einmal Gesetz geworden, auch durchgeführt werden. Bebel erklärte, er habe dem Gesetz nicht zugestimmt, weil es nicht weit genug gehe. Auf dem Gebiete solcher Forderungen müsse sich der Reichstag aber hüten, Bebel zu folgen. Größte Sparsamkeit sei nöthig. Ueber die Lage der Kolonialpolitik müsse noch nähere Auskunft gegeben werden. Die Armee betreffend, so seien die Mehrforderungen im Etat die Folgen früherer Bewilligungen. Diese seien damals nöthig gewesen. Man müsse sich aber jetzt auf das unmittelbar Nothwendige beschränken und das Tempo mäßigen, indem man das, was für ein Jahr gefordert wird, auf mehrere Jahre vertheile. Die Unteroffiziersprämien seien noch aufzuschieben. Auch für die Marinebauten empfehle sich ein langsameres Tempo. Es wurden früher zuviel erste Raten bewilligt. Neue Schiffe, deren Bau erst begonnen werden soll, müssen für dieses Jahr zurückstehen. Wir dürfen in keinem Falle neue Steuern durch unsere Bewilligung nöthig machen. Das Land kann solche nicht tragen. Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz konstatirt, daß § 7 des Etatsgesetzes keinerlei prinzipielle Aenderungen bezwecke, sondern lediglich einem momentanen praktischen Bedürfniß entspreche. Bei der Begebung der 3prozentigen Anleihe habe die Regierung nichts versäumt, um die Gestaltung des Geldmarktes festzustellen. Dr. v. Frege (cons.): Es wäre vielleicht richtiger, wenn die Regierung die Begebung ihrer Anleihen nicht durch Consortien betreiben ließe, sondern selbst mit der Bevölkerung in geeigneter Form unmittelbar in Verbindung trete. Die mißlichen Verhältnisse des Geldmarktes würden weniger fühlbar sein, wenn sich die Regierung entschließen könnte, dem Silber zu seinem Rechte zu verhelfen. Die billigen Silberpreise würden eine günstige Gelegenheit zu Silberankäufen bieten. Sehr beruhigend wirke die Erklärung des Reichskanzlers, daß weitere Militärforderungen nicht in Aussicht stehen. Die Opfer für die Alters- und Invalidenversicherung beständen nicht blos in den Geldkosten, sondern auch in einer starken Arbeitslast der Verwaltungsbehörden. Ueber die plötzliche Erhöhung der Schreibunkosten seien Aufklärungen nöthig. Für die Fourageentschädigung sei eine gleichmäßig für alle Offiziere maßgebende grundlegende Bestimmung nöthig. Die Unteroffiziersprämien würden eine sorgfältige Auswahl des Personals ermöglichen und so für die Zukunft einen Nutzen bringen, der durch die Prämien nicht zu theuer bezahlt sei. Dem Plan der Unteroffiziersschule stünden seine Freunde sympathisch gegenüber. Kasernenbauten im Innern des Reiches möchten für das nächste Jahr verschoben werden. Die Beunruhigung der Zuckerindustrie durch die Zuckersteuervorlage sei bedauerlich. Seien neue Steuern nöthig, so würde sich eine solche auf Zündhölzer empfehlen. Die Regierung halte den alten Cours inne. Wir sind dem früheren Reichskanzler dankbar, auch wenn er nicht mehr auf dem alten Platze ist. (Zustimmung rechts). Bei der Einnahmeveranschlagung müsse vorsichtig verfahren werden, da nicht vorauszusehen sei, daß die Getreidezölle ihre vorjährige Höhe beibehalten würden. Die Agitation zur Beseitigung der Kornzölle finde im Lande keinen Anklang. Roggenproduzent sei hauptsächlich der kleine Bauer. Er wisse am besten, was es mit der Vertheuerung des Getreides auf sich habe. Die Sozialdemokraten, die sich mit Unrecht Vertreter der Arbeiter nennen, eigentlich seien sie Vertreter der Nichtarbeiter, möchten nur fortfahren, das religiöse Gefühl im Volke zu verletzen, wie es Bebel gethan habe. Sie würden bald sehen, daß sie damit scheitern. Der Vorstoß Richter's gegen die Zollpolitik war recht deutlich in seinen Andeutungen über die mit Oesterreich gepflogenen Verhandlungen erkennbar; er wollte die schutzzöllnerische Position Deutschlands schwächen. Erhalten wir uns unsere heutigen Einnahmequellen. Eine Armee könne man sich eher schaffen als neue Steuerquellen. Ohne solche keine Armee. (Beifall.) Scipio (nationall.) wendet sich gegen die bimetallistischen Ausführungen Dr. Frege's. Den erhöhten Pferderationen und den Unteroffiziersprämien stimmt er zu. Es sei erfreulich, daß wir mit unserer Kolonialpolitik zu einem gewissen Ruhepunkt gelangt seien. Die geplanten Ackerbauversuche in Südwestafrika begrüßt er als hochbedeutsam. Der Wohlstand des Landes habe sich gehoben, dank der festen und sicheren Grundlage, welche die Begründer des Reiches demselben gegeben. Rickert (freis.) bekämpft die Agrarzölle. Einen Vorwurf gegen die freisinnige Partei habe der Reichskanzler aus der gestrigen Rede Richter's nicht begründen können. Daß seine Freunde die Aera Camphausen-Delbrück zurückwünschten, sei in Oesterreich ganz gewiß bekannt. Als die Frage des Vertrages mit Oesterreich im Landesökonomiekollegium erörtert wurde, habe der anwesende Landwirthschaftsminister geschwiegen. Sobald aber hier ein freisinniger Abgeordneter ein Wort darüber sage, erhebe sich der Reichskanzler, um diese ganz harmlose Aeußerung auf das Heftigste anzugreifen. Die Freisinnigen verlangten gleiche Behandlung mit anderen Parteien und wünschten nicht, daß der frühere Ton wieder in den Debatten einreiße. Reichskanzler v. Caprivi: Rickert wird zugeben, daß wenn im österreichischen Parlamente von einem Abgeordneten betont wird, es könnten Vergünstigungen von Deutschland verlangt werden, ohne Zugeständnisse Oesterreichs, eine Rede wie die Richter's mindestens sehr bedenklich sei. (Sehr richtig.) Weitere Berathung morgen. Außerdem erste Berathung der Zuckersteuervorlage.

Berlin. Die zollpolitischen Verhandlungen mit Oesterreich versprechen einen glänzenden Verlauf. Es heißt, deutscherseits werde eine Herabsetzung des Getreidezolles von 5 auf 3 Mk. concedirt. — Der türkische General Hobar Pascha, bisher Oberstleutnant in preußischen Diensten, wurde vom Kaiser gestern bei Empfang der türkischen Offiziere zum Obersten ernannt. — Geh. Rath Dr. Koch hat mit seinem Schwiegersohn Dr. Pfuhl einen 11tägigen Urlaub angetreten. Ueber das Ziel der Reise wird Geheimniß bewahrt, doch wird vermuthet, daß sich Beide nach Cannes zu dem schwerkranken Großherzog von Mecklenburg-Schwerin begeben haben. — Die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses nahm heute die ersten Paragraphen des neuen Einkommensteuergesetzes an. Doch wurde die Abstimmung über die Bestimmungen wegen Heranziehung der Aktiengesellschaften ausgesetzt. Die Bestimmungen über die Heranziehung der bisher steuerfreien, vormals reichsunmittelbaren erhielt folgende Fassung: Häupter und Mitglieder der Familien vormals unmittelbar deutscher Reichsstände werden zur Einkommensteuer von dem Zeitpunkt ab herangezogen, in welchem durch besonderes Gesetz die Entschädigung für die aufgehobene Befreiung von der Einkommensteuer geregelt sein wird. — In Bezug auf die Berliner Dombau-Angelegenheit hat man sich dahin geeinigt, daß eine Predigtkirche für etwa 8 Mill. Mk. gebaut werden soll. — Bei einem Schadenfeuer am Schiffbauerdamm ist der taubstumme und geistesschwache 39jährige Hermann Consa erstickt. Außerdem sind noch 3 Personen schwer verletzt.

Wien. Prof. Billroth theilte heute seinen Hörern mit, daß er bei 3 Kranken wegen gefahrdrohender Erscheinungen die Behandlung mit Koch'scher Lymphe einstellen mußte, während bei 3 anderen zweifellos Tuberkelkranken trotz 3 Centigramm Einspritzung keinerlei Reaktion eingetreten sei.

Rom. Die Kammern wurden heute eröffnet. In der Thronrede begrüßte der König mit Freude und Vertrauen die Kammer, welche die Nation erwählt und damit ihr Vertrauen in die freie Institution des Landes bethätigt habe. Indem sich die Nation im Innern einig, entschlossen, von ihren Pflichten und Rechten durchdrungen, in ihrer Ueberzeugung fest und in ihrem Willen klar und entschieden zeige, gewinne Italien nach Außen stets wachsendes Ansehen und mehr und mehr diejenige Achtung, welche die erste Bürgschaft des Friedens sei. Getreu seinen Bundesgenossen, herzlich in der Freundschaft und aufrichtig in dem Wunsche, die Beziehungen zu allen Mächten jederzeit zu verbessern, sehe Italien mit Genugthuung, daß jede Gefahr etwaiger Verwickelungen zerstreut sei und daß die beruhigendste Aussicht sich in ganz Europa verbreitet und befestigt. „Die Ehrlichkeit unserer Absichten bezüglich Afrikas ist für alle Welt augenscheinlich. Wir haben nur noch unser Gebiet und unsere Einflußsphäre in Uebereinstimmung mit den befreundeten Regierungen abzugrenzen." „Sie sind ausschließlich zu friedlicher Arbeit einberufen. Gesetze für das Wohlergehen der Arbeiter werden die Hauptaufgabe der neuen Session bilden." Der König wünscht sich Glück zu dem Eintritt des Kronprinzen in den Senat in dem Augenblick, wo die militärische Reorganisation zur Verhandlung kommt. Innerhalb seiner nationalen Grenzen vollendet, fühle sich Italien seiner selbst sicher. Der König empfiehlt vor Allem die Solidarität der Finanzen; das Parlament wird durch Ersparnisse in der öffentlichen Verwaltung und durch eine Umgestaltung der gegenwärtigen Steuern genügende Hilfsquellen zu finden wissen, um das Gleichgewicht zu verwirklichen. Schließlich erinnert der König daran, daß er nach den Traditionen seines Hauses fest und unerschüttert die Rechte der Staatsgewalt aufrecht erhalten werde. Er verbürge jederzeit die Rechte der Religion seiner Väter, ohne im Uebrigen diejenigen anderer Kulten zu beeinträchtigen. Er würde aber auch nicht gestatten, daß man in politischen Versammlungen im Namen dieser Religion seine Souveränität angreife.

Luxemburg. Der Großherzog lehnte das Austrittsanerbieten des Ministeriums in einem liebenswürdigen Schreiben ab. Als deutscher Gesandter für Luxemburg ist Graf Wallwitz aus der bekannten sächsischen Familie von Nostitz-Wallwitz in Aussicht genommen. Derselbe war früher Botschafts-Attachee in Bukarest.

London. Das norwegische Schiff „Borghil" scheiterte an der Küste von Neufundland. 13 Personen sind ertrunken. — Nach Petersburger Meldungen ist die Hauptperson des jetzt dort verhandelten neuen Nihilistenprozesses Olga Iwanoisky, eine Studentin der Medizin und Nichte des Geheimraths Illsky, Abtheilungschef beim Heil. Synod. In dessen Wohnung hielt sie in Abwesenheit des Onkels Nihilistenversammlungen ab. Hier beschlagnahmte die Polizei verschiedene revolutionäre Bekanntmachungen und Dynamit, sowie verschiedene Briefwechsel, die zahlreiche Verhaftungen ermöglichten.

Dublin. Eine Anzahl Deputationen ist Parnell bis Kingston entgegengereist und überreichte ihm Begrüßungs- und Zustimmungs-Adressen. Auf dem hiesigen Bahnhofe ward Parnell von Hunderten auf's Wärmste begrüßt. Zwei Stunden später nahm er von der Redaktion und Druckerei der Zeitung „United Ireland" Beschlag, und in seiner Eigenschaft als Mitglied des Verwaltungsraths verhinderte er die Veröffentlichung der im Druck befindlichen Nummer und entließ den Chefredakteur. Der Abg. Healy traf gegen 1 Uhr ein und ward am Bahnhof mit Zischen und Pfeifen empfangen.

Cettinje. An der Grenze bei Dulcigno kam es zwischen Montenegrinern und Malissoren infolge eines Angriffs der Letzteren zu einem Handgemenge. Beide Parteien verloren je zwei Todte. Die Regierung ergriff Maßnahmen, um weitere Ruhestörungen zu verhüten.

Die **Berliner Börse** verlief im Ganzen lustlos und reservirt. Größeres Interesse zeigte sich am Anfang nur für russische Werthe, in denen angeblich für Petersburger Rechnung Executionsverkäufe stattfanden. Infolge Rückganges der Rubelnoten und weichender Bewegung für Schweizer Nebenbahnen trat später allgemeine Ermattung ein, doch gewann das Geschäft nicht an Umfang. Banken wenig verändert. Von deutschen Bahnen Ostpreußen bevorzugt. Für fremde Renten bestand geringes Interesse. Bergwerke wenig verändert. Kohlenwerthe zeitweise besser gefragt. Im Cassaverkehr wenig Leben. Privatdiskont 5⅛ Proz. Nachbörse schwach. — **Wetter:** trübe, etwas Schnee. Nordwestwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 263,30. Staatsb. 211,75. Lomb. 117,25. Galizier —,—. Egypter 96,80. 4proc. Ung. Goldr. 90,25. Discouto 207,60. Dresdn. Bf. 152,30. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Behauptet.

Wien. (Abends.) Credit 301,75. Staatsbahn 241,75. Lombarden 131,00. Nordwest 215,50. Marknoten 56,60. Ung. Credit 356,75. Befestigt.

Paris. (Schluß.) Rente 95,72. Anleihe 104,57. Italiener 94,10. Staatsbahn 531,25. Lombarden 307,50. do. Prioritäten —. Spanier 75⅜. Egypter 486,25. Ottomanen 614,00. Türkenlose 630,00. Fest.

Milch u. Butter zum Stollenbacken.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.

SLUB
Wir führen Wissen.